

Grundlagen der vergleichenden Politikwissenschaft

Große und kleine Staaten:

Zentrale Fragestellung:

Was ist mit dem Begriff „Demokratie“ gemeint? Wann sind Demokratien klein? In welcher Hinsicht ist die Größe einer kleinen Demokratien politikwissenschaftlich interessant?

Vermutungen bezüglich kleiner Demokratien:

- Eher direkt-demokratische Elemente (Bsp. Schweiz)?
- Eher nicht-föderalistische Staatssysteme?
- Konkordanz?
- Außen- und wirtschaftspolitische Handlungsspielräume (Bsp. San Marino)?

Demokratietheorien:

- Demokratie bei Aristoteles: A. unterschied Staatssysteme nach der Zahl der Herrschenden und deren Tugendhaftigkeit. Die Demokratie bezeichnete er als Herrschaft des Pöbels und hielt sie für eine Entartung.
- Rousseau ging von einer geringen Größe einer optimalen Demokratie aus, damit die Durchsetzung von Einzelwillen vermieden werden kann. Eine kleine Demokratie kann daher eher die Verwirklichung des Gemeinwillens (*volonté générale*) ermöglichen.
- Federalist Papers (Alexander Hamilton, James Madison, John Jay): Eine größtmögliche Staatseinheit (Republik) ist die beste, weil dadurch die Gefahr der Diktatur der Mehrheit (Demokratie im negativen Verständnis von Aristoteles) unterbunden werden kann.

Demokratie im Grundgesetz:

„Alle Herrschaft geht vom Volke aus.“ Art.20, II, S.1 GG: einerseits stellt das Grundgesetz die Herrschaft des Volkes durch Wahlen sicher, andererseits beinhaltet der Begriff der Volksherrschaft auch die Herrschaft für das Volk z.B. durch das Rechtsstaatsprinzip, welches die Staatsgewalt selbst an Gesetze bindet. (Rousseau hat den Begriff der Volksherrschaft ebenfalls als Herrschaft für das Volk verstanden, allerdings standen für ihn dabei die Politikergebnisse im Vordergrund.)

Messung von Demokratie:

Fraglich ist, wie gemessen werden kann, ob ein Land demokratisch ist oder nicht. Ein Hauptindikator für Demokratie ist das Vorhandensein von Wahlen. Allerdings kommt es

weiter auf die Art der Wahl an, um die „Güte“ der Demokratie zu beurteilen. Die Polyarchie-Skala, ein Instrument zur Messung von Demokratie, bescheinigt einem Land nur einen hohen Grad der Demokratie, wenn die Wahlen in einem Staat nach bestimmten Kriterien organisiert sind: z.B. Regelmäßigkeit, Fairness, Allgemeingültigkeit und kein Ausschluss von Teilgruppen. Ferner werden folgende Aspekte hinsichtlich der Beurteilung der Demokratie betrachtet: Wirksamkeit der Partizipation, authentische Willensbildung, Beeinflussung der politischen Agenda durch die Wahl, freie Meinungsäußerung und Gleichheit der Rechte für alle Gruppen.

Ein weiterer Index zur Bewertung von Demokratie ist der Vanhanen-Index. Ein Land ist demnach wirklich demokratisch, wenn zum Beispiel eine große Wahlbeteiligung vorliegt und die Parteienlandschaft in viele gleichgroße Parteien unterteilt ist. Laut diesem Index schneidet die USA schlecht, ab weil dort lediglich zwei große Parteien miteinander konkurrieren.

Das Hauptaugenmerk des Index von Jagers und Gurr liegt auf der wettbewerblichen politischen Beteiligung, freien und offenen Wahlen und der Zügelung der Exekutive.

Demnach bekamen 1995 alle etablierten demokratischen Staaten hohe Werte. Auf der Skala ganz unten lagen dagegen Litauen und Slowenien.

Die Freedom-House-Skala betrachtet ferner die freiheitlichen Aspekte einer Demokratie, die Verfassungswirklichkeit und ob gewählte Repräsentanten faktische Macht besitzen.

Höchstwerte gab es 1999 für Westeuropa und Nordamerika, wohingegen Staaten wie Libyen und Nordkorea besonders schlecht abschnitten.

Problem: Demokratie ist ein normativer Begriff, der sich an westlichen Auffassungen orientiert.

Grundbegriffe der vergleichenden Politikwissenschaft:

Legitimität:

Akzeptanz der Herrschaft durch die Beherrschten (Max Weber).

Drei Idealtypen legitimer Herrschaft nach Weber:

1. Traditionale Herrschaft: Akzeptanz, weil sie schon immer da gewesen ist.
2. Charismatische Herrschaft: dem Herrschenden wird eine besondere Gnadengabe zugeschrieben.
3. Legale Herrschaft: Glaube an die Rechtmäßigkeit gesatzter Ordnung. Diese kann demokratisch sein, muss es aber nicht.

Parlamentarische und präsidentielle Regierungssysteme:

Welches ist das primäre Unterscheidungsmerkmal?

Im Rahmen eines parlamentarischen Systems kann die Regierung vom Parlament aus politischen Gründen gestürzt werden, wogegen dies für das präsidentielle System nicht gilt.

Warum ist diese Unterscheidung bei W. Steffani wichtig?

Im parlamentarischen Regierungssystem sind die Parteien die wesentlichen Träger des Wettbewerbs. Es entwickelt sich daher in solchen Systemen ein ausgeprägtes Parteiensystem. Dies erklärt, warum es sinnvoll sein kann, Deutschland trotz verschiedener Elemente der Herrschaftskontrolle (Föderalismus, starke zweite Kammer, starkes Verfassungsgericht, geschriebene Verfassung) – die eher dem US-amerikanischen Fall ähneln – als parlamentarisches System in dieselbe Kategorie einzuordnen wie Großbritannien.

Darüber hinaus ist das politische System Frankreichs für Steffani ein parlamentarisches, weil das Parlament imstande ist, die Regierung zu stürzen. Andere Politikwissenschaftler stellen diese Auffassung in Frage und halten es für ein semipräsidentielles.

Semipräsidentielles Regierungssystem:

Der Begriff des s.R. wurde von M. Duverger wesentlich geprägt. Demnach ist die Exekutive eines Staates geteilt und der Staatspräsident mit unabhängiger Legitimation teilt sich die exekutive Gewalt mit einer vom Parlament abhängigen Regierung (z.B. osteuropäische Staaten).

Effektivität / Effizienz:

Ein Gesundheitssystem, das den Menschen eine hohe Lebenserwartung garantiert, ist effektiv (Grad der Zielerreichung). Effizient ist es, wenn die Erreichung dieses Ziels mit möglichst geringen Kosten verbunden ist (Verhältnis von Nutzen und Kosten).

Ein politisches System kann normativ bezüglich Effektivität und Effizienz beurteilt werden.